Bildungschancen durch mehr Begleitung

Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen“ führt auch zur Senkung der Schulabbrecher-Quote

HAMM ■ Jedes Kind in Hamm soll von der Geburt bis zum Übergang in das Berufsleben individuell betreut und gefördert werden, damit es sein Potenzial möglichst optimal ausnutzt. Dieses Konzept ist durch das Programm der Landesregierung „Kekiz – Kein Kind zurücklassen“ initiiert worden und ist in der Lippestadt eine Erfolgsgeschichte – aber längst nicht beendet.

„Wir sind im Jahr 2012 angetreten, um das Bildungsgefälle in unserer Stadt abzumildern. Inzwischen können wir hier Erfolge verzeichnen“, erklärte Brigitte Wesky, Kinderbeauftragte der Stadt. Sie legte zusammen mit den Spitzen des Aus-

schusses für Kinder- und Jugendhilfe, Judith Schwiendorst und Angela Kettner, eine Zwischenbilanz von Kekiz vor. Konkretes Beispiel sei der Anstieg von Schulempfehlungen von Grundschulern für die Realschulen und Gymnasien in Sozialräumen wie dem Hammer Norden, sagte Wesky.

Schüler mit Defiziten begleitet

Ein weiteres Beispiel für die vielversprechende Begleitung von Jugendlichen mit schulischen Problemen sei die Arbeit der Bildungsbegleiter. Sie betreuten 2014 622

Schüler, die erhebliche Defizite aufwiesen. Hier sei es laut Bericht geschafft worden, 95 Prozent der Jugendlichen zu einem Schulabschluss zu führen.

Prävention ist die entscheidende Maßgabe des Handlungskonzeptes in der Stadt Hamm. Insbesondere die Begleitung in den Übergängen vom Kindergarten in die Schule und von der Schule ins Berufsleben sei wichtig. Hier tauchten Probleme auf, die, wenn frühzeitig erkannt, gelöst werden könnten.

Bereits in den Kindergärten werden die Kinder in den 92 Einrichtungen nach einheitlichen Kriterien begut-

achtet. Eine umfassende Dokumentation soll den Lehrern in der Grundschule einen ersten Eindruck vermitteln.

Das entstandene Netzwerk von Ämtern, Schulen, Kindergärten und Freizeiteinrichtungen wird durch ein laut Stadt bundesweit einmaliges Präventionsbudget von knapp vier Millionen Euro aus dem städtischen Etat unterstützt. Daraus werden Bildungsbegleiter und 180 Integrationshelfer bezahlt.

Trotz der Erfolge müsse weitergearbeitet werden, sind sich Verwaltung und Politik einig. Bildungsferne Familien müssten motiviert werden, Chancen zu nutzen. ■ jdw